

Dresdner Volkszeitung

Herausgeber: Leipzig, Dresden & Chemnitz, Nr. 20615.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: G. R. Kohn, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbillette: Leben, Wissen, Kunst einschließlich Dringens monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen 4,00 M. unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 4,50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinskonto. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 152.

Dresden, Mittwoch den 3. Juli 1918.

29. Jahrg.

Die fünfte Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Vorausichtlich wird am Donnerstag im preussischen Abgeordnetenhaus die fünfte Lesung der Wahlrechtsvorlage stattfinden. Die preussische Verfassung enthält die Bestimmungen, daß über Verfassungsänderungen nach 21 Tagen eine zweite Entscheidung stattfinden muß. Würde an der Wahlrechtsvorlage bei der nächsten Beratung noch etwas geändert werden, so müßte nach abermals 21 Tagen noch eine dritte Beratung kommen. Es ist aber nicht anzunehmen, daß jetzt noch irgendwelche Änderungen vorgenommen werden. Die Mehrheitspartei scheinen nicht die Absicht zu haben, in der Wahlrechtsfrage irgendwelche Zugeständnisse zu machen und die Anhänger des gleichen Wahlrechts haben erst recht kein Interesse daran, daß die Sache noch weiter verschleppt wird, so daß eine Vorauflösung nach die Vorlage in der Gestalt, die sie in der vierten Lesung erhalten hat, angenommen werden wird. Wie das Berliner Tageblatt meldet, werden sich die Anhänger des gleichen Wahlrechts auf eine kurze Protestklärung gegen die Beschränkung des Wahlrechts der Mehrheit beschränken. Eine Aufkündigung des Bandtags ist vorläufig noch nicht zu erwarten. Vielmehr gibt sich die preussische Regierung der berechtigten Erwartung hin, daß die Mehrheit des Herrenhauses, an das die Vorlage jetzt gehen muß, das gleiche Wahlrecht wiederherstellen und daß dann der Widerstand der Wahlrechtsgegner im Reichstagen erlahmen wird. Aber das Herrenhaus ist in seiner jetzigen Zusammensetzung für das gleiche Wahlrecht zu haben ist, ist so gut wie ausgeschlossen. Die Herren, Grafen und Herren, die dort zusammenkommen, werden sich bisher immer starrsinnig bis zum Neuesten gehalten, wo es galt, irgend einen auch noch so kleinen politischen Vorteil abzumehnen. Die Regierung müßte voraussichtlich erst einen Vorwand bormehmen, um im Herrenhaus eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht zu schaffen und wenn sie dann mit einer entsprechend umgestalteten Vorlage vor dem Reichstagen erschiene, würde ihr diese von den Männern des Herrenhauses, am Herrn Vogmann, wieder ebenso vor die Füße geworfen werden wie bisher. Will sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen, daß sie auf die Einlösung eines festerlich gegebenen Wahrschwores verzichtet hat, so kommt sie um die Aufkündigung nicht herum.

So erklärt z. B. auch die Nationalliberale Korrespondenz, es ist unmöglich, der Entscheidung aus dem Wege zu gehen. Die Wahlrechtsvorlage könne nicht fallen, denn was von der ersten Versprechung worden sei, müsse auch gehalten werden. Das gleiche Wahlrecht könne durch ein Kompromiß weder ver-

unsaltet noch aufgehoben werden. Dieser Ansicht hätte sich auch die nationalliberale Partei in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht verschlossen. Auch die Germania setzt sich noch einmal entschieden für das gleiche Wahlrecht ein. Alle, so führt sie aus, hätten sich gleichmäßig für ihr Vaterland eingesetzt müssen, das Volk habe geblutet und deshalb solle man dem Volk auch das gleiche Wahlrecht geben. Gewiß sei es wünschenswert, daß zur Beratung politischer Fragen das nötige Maß von Einigkeit mitgebracht werde. Aber es sei nicht einzusehen, warum bei dem gleichen Wahlrecht die klugen politischen Köpfe nicht ebenso zur Geltung kommen könnten, wie bei dem Dreiklassenystem.

Man kann daraus schließen, daß sich die nationalliberale Partei ebenso wie das Zentrum auch weiterhin für das gleiche Wahlrecht einsetzen werden, obgleich ein Teil der Abgeordneten beider Parteien im Bundtage gegen das gleiche Wahlrecht aufgetreten ist. Aber Zentrum und Nationalliberale wissen, daß sie jeden Anhang bei den breiten Volksmassen verlieren, würden die Wahlrechtsgegner in ihren Reihen für die offizielle Politik der Partei bestimmend. So beschränkt sich die Gegenpartei gegen das gleiche Wahlrecht auf die Konservativen und ihre nationalliberalen und zentralistischen Mittelaufer. Die Wahlrechtsgegner haben zur Zeit zwar im Abgeordnetenhaus die Mehrheit, aber es steht nur ein verschwindender Teil des Volkes hinter ihnen. Um so weniger ist es zu rechtfertigen, daß die Regierung sich durch den Widerstand dieser Leute so lange hinhaltet. Vor dem Wahlscheitern braucht sie wirklich nicht zurückzufahren. Eine große Beunruhigung der Bevölkerung wäre damit verbunden; und sich doch die breiten Massen des deutschen Volkes in der Wahlrechtsfrage vollkommen einig. Aber man ist ja in Deutschland gewohnt auf die Wünsche der kleinen, aber einflussreichen Schicht, die Widerstand gegen das gleiche Wahlrecht leistet, in einem hohen Maße Rücksicht zu nehmen, wie man das anderen Volksteilen gegenüber nicht tut. Deswegen mag es der Regierung so schwer werden, durch die Auflösung des Dreiklassensystems die Herren Junker und Schlottharone noch mehr zu erzürnen. Sie sollte aber bedenken, daß durch die Verschleppung der Wahlrechtsangelegenheit eine Fülle von Beunruhigungen bei der großen Mehrheit des deutschen Volkes geschaffen wird. Das deutsche Volk hat es lange genug getragen, daß in seinem größten und einflussreichsten Bundesstaat die Volksmassen auf den Beinen entsetzt sind. Es hat ein Recht darauf, daß dieser unwürdige Zustand endlich beseitigt wird. Es wäre jetzt wirklich die höchste Zeit zur Aufkündigung des Dreiklassensystems.

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

Mitteil. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 3. Juli 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezerggruppe Kronprinz Rupprecht:
Erfolgreiche U-Bootfahrten. Stärkere Fortschritte der Engländer bei Merid und Hohenau (südlich von Vred) sichtbar. In britischen Kämpfen nordwestlich von Albert machten wir Gefangene.

Seezerggruppe Deutscher Kronprinz:
Rücklich der Rhine haben sich heute früh britische Kämpfe entwickelt. Zwischen Alene und Warne hielt neue Tätigkeit des Feindes an. Teilsangriffe bei St. Pierre-Aigle und westlich von Chateau-Thierry wurden abgewiesen.

Aus einem amerikanischen Geschwader von 9 Einheiten wurden 4 Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Met errang hierbei seinen 39. Leutnant Evershart seinen 33. und 34. Aufstieg. Leutnant Friedrich und Hauptmann Thoms schossen ihren 20. Gegner ab.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Eine französische „Enthüllung“.

Berlin, 2. Juli. Der Historiker und Akademiker Friedrich Wajson veröffentlicht im Gaulois ein seiner Auffassung nach aus autoritativer Quelle stammendes Schriftstück, nach dem Graf Sulemburg, der Minister des preussischen Königs, im November 1915 an den russischen Hofminister Baron Frederiks einen Brief abgabte, in dem er den Wunsch ausdrückte, die ehemalige Freundschaft zwischen den beiden Kaiserreichen müsse wieder hergestellt werden. Der Graf beantragte Sazonow, die Antwort abzuschaffen. Dieser legte eine solche am folgenden Tage dem Zaren vor. Sie lautete: „Bestimmen Sie den Kaiser, daß er einen Kollektivfriedensvorschlag an alle Alliierten vorkommen lassen.“ Der Zar fand die Reaktion vollkommen, jagte aber nach kurzer Überlegung, daß er es vorgeziehe, den Brief Sulemburgs unbeantwortet zu lassen, und schrieb an den Rand des Briefes: „Diese Freundschaft ist tot, man spreche nicht mehr davon.“

Die neuen bolschewistischen Oberbefehlshaber.

Stettin, 2. Juli. Die Volkskommissare haben Koborowa und Kuznietz zu Oberbefehlshabern der Meer- und Flotte ernannt. 3000 Matrosen der Ostflotte sind am Kampfe gegen die Engländer im Vordertop auf die Wismarbank.

Russische Blätter über einen Bündnisvertrag mit Deutschland.

Kopenhagen, 2. Juli. Nach einer Meldung aus Kopenhagen erläutern russische Blätter erstlich die Notwendigkeit einer Revision der Verträge mit den Alliierten und schlagen offen den Abschluß eines Bündnisvertrages mit Deutschland vor. Der finnische Professor Eklund hält seine Urfindung zur Darstellung künftigen Gummis Deutschland zur Verfügung.

Um die Murmanküste.

In englischen Unterhaus fragte King, ob die Regierung wisse, daß die Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands durch die russische Sowjetregierung der Schaffung einer finnischen Regierung mit deutschfeindlichen Gefühlen galt, und daß eine Entree der Murmanküste von Russland abzugeben wurde, um einer befreundeten deutschfeindlichen Macht ein Ausweg nach der See zu schaffen.

Weiter fragte King, ob die englische Regierung wisse, daß der Sowjet sich weigere, die Unabhängigkeit Finnlands anzuerkennen, nachdem die Sowjetregierung aus Finnland mit Hilfe deutscher Truppen vertrieben wurde, und daß sie gegen die Tätigkeit, den die deutschen U-Boote mit Hilfe der Finnen an der Murmanküste ausüben, bei der deutschen Regierung protestierte. King wollte ferner wissen, ob England einen Bundesgenossen der Sowjetregierung militärische Hilfe zur See geleistet haben oder leisten werden, um die Abwehr der Murmanküste für Russland gegen Finnland und den deutschen Einfluss zu bewahren.

Lord Robert Cecil antwortete, der erste Teil der Frage entspräche ungefähr den Tatsachen. Falls die Sowjets zur Verteidigung russischen Gebiets Hilfe zur See oder zu anderen Vorzügen verlangen sollten, so würde dies wohlwollend geprüft werden. Mehr, meinte Lord Robert Cecil, könne er jetzt nicht sagen.

Wedgewood forderte eine zielbewusste Politik gegenüber Russland. Er erklärte, daß die Bolschewiki nicht wirklich deutschfreundlich seien, obwohl sich viele von ihnen von Deutschland hätten bestechen lassen. Man müsse bedenken, daß die Russen ein armes Volk seien mit einer gewissen Neigung zur Bescheidenheit.

Stockholm, 2. Juli. Die Svenska Dagbladet aus Helsingfors erzählt, erzählt ein Veteranenlehrer, der von einer wirtschaftlichen Expedition aus Nordrussland zurückgekehrt ist, von den Kriegsvorbereitungen des Verbundes an der Murmanküste. Zuerst liegen in den Murmanhäfen zwei englische und zwei französische Kriegsschiffe, in der Petzenge-Bucht ein französisches Kriegsschiff (2) ist ein Kanjener mit Engländern, Franzosen, Schweden und Russen angekommen. Dem ist durch eine Garnison von Engländern in eine starke Stellung verwandelt worden. Der regelmäßige Zufuhr aus England sind die Güter an Kohlenmitteln reichhaltig.

Die russische Krise.

In einem Kampfabruf gegen die revolutionsfeindliche Bewegung schreibt das Bolschewiki-Blatt Swestija: Man habe jetzt Fäden in der Hand, die von den früheren Verbündeten Russlands gespannt wurden, um Russland von neuem ins Unglück des Krieges zu stürzen und dabei die bürgerliche Städtengenrevolution herauszuführen. Die Feinde der Revolution, so heißt es, sind nun Angriff vorgegangen. Die Lage der Arbeiterregierung ist ernst. Sie fordert deshalb alle ihre Kräfte auf, mit allen Mitteln jede bolschewiki-entwärtige Reaktion von einzelnen oder Gruppen unschädlich zu machen.

Daily Express berichtet aus Stockholm: Die Familie Romanow ist nach Kapsel in der Provinz Wladsch gebracht worden. Es ist nicht bekannt, ob sich der Exzar auch dabei befindet.

Washingtoner Blätter wissen der Bolschewiki-Zeitung zufolge zu berichten, daß die aus Russland in Washington angelangten Mitglieder der amerikanischen Botschaft sich auf das entschiedenste gegen eine japanische Intervention ausgesprochen haben. Ein Eingreifen Japans würde lediglich ein Defensivbündnis zwischen Russland und Deutschland zur Folge haben.

Die französischen Kammerlogikisten und die russische Republik.

Genf, 2. Juli. (Teleunion.) Die sozialistische Gruppe der Kammer hat mehrere Sitzungen abgehalten, um einen Bericht der russischen Sozialdemokraten Kritschewski anzuhören. In den Beratungen schloß sich eine lebhafteste Debatte, in der die widersprechendsten Ansichten über die Haltung, welche Frankreich gegenüber der russischen Bolschewiki-Regierung und bezüglich der Frage der japanischen Intervention in Sibirien einnehmen sollte, zutage traten. Schließlich wurde ein Bescheid dahingehend gefaßt, daß Frankreich alles tun müsse, die Erhaltung und Ausgestaltung einer wahren russischen Republik zu fördern und zu erleichtern.

Die Schwarzmeer-Flotte.

London, 1. Juli. (Reuter.) In Antwortung einer Anfrage über die Vertiefung russischer Schiffe im Schwarzen Meer durch die Besatzung, damit sie nicht in die Hände der Deutschen fielen, sagte Lord Curzon im Unterhaus: Wie haben Grund anzunehmen, daß einige russische Schiffe in dieser Weise gerettet wurden. Aber es ist eine Tatsache, daß ein großer Teil der russischen Schwarzmeer-Flotte in deutsche Hände gefallen ist.

Die baltischen Junker und ihr Staatsprojekt

Aus den Reden der estnischen Demokraten (einer Richtung National-Demokraten) geht der Ruf hervor, eine Reihe Aufträge zur Verwirklichung zu geben. Da die Esten nichts weiter wünschen, als sich einmal auszusprechen zu können, ein Verlangen, das unter allen Umständen berechtigt zu geben wir nachstehend einen dieser Artikel wieder. Unser Standpunkt zur baltischen Frage ist unsern Lesern bekannt. Wir fordern, daß nicht die Wünsche einer kleinen Herrenschicht, sondern ein Volkstum über das Schicksal dieser Provinzen entscheide.

Der baltische Adel agitiert für den geeinten „Baltland-Staat“ in Personalunion mit der Krone Preussens. Es wird behauptet, Ostland, Livland und Kurland seien historisch wie auch ökonomisch zu einer unzerstörbaren Einheit verknüpft. Dabei ist nun zu erinnern, daß derselbe Adel sich jetzt nicht für eine Einigung der Provinzen erwarnt hat. Die drei Ritterhöfen der Provinzen gingen gern ihrer eigenen Wege, selbst der Adel der Insel Cesis hatte keine Konstitution noch als vierte für sich. Nur wenn es hieß, die gleichen Interessen des Adels zu vertreten, gingen alle gemeinsam vor. Es wäre natürlich und verwaltungstechnisch auch sehr nützlich gewesen, die drei Provinzen als zwei Verwaltungsbezirke zu organisieren, nämlich als Ostland und Lettland, wie das nach der Revolution wirklich geschah. Die estnisch-lettische Sprachgrenze durch Mittel-Livland teilt das Gebiet in zwei, national einander völlig fremde Hälften. Als die Esten und Letten diesen natürlichen Wunsch bei der zarischen Regierung anregten, war der Adel aller Gebiete dagegen und demütherte diese Wünsche als revolutionäre Umsturzbestrebungen der Nationalen. Die zaristische Regierung stand natürlich zu dem Adel und es wurde — „historisch“ weiter gemacht. — Jetzt steht der baltische Adel die nationale Vereinigung Ostlands und Lettlands natürlich als eine Notwendigkeit an und redet sogar von einer „Vereinbarung“ der Esten und Letten unter der freien Leitung des Adels, obwohl es hat bei den Esten und Letten weniger um eine politische oder nationale Vereinigung handelt, als um iproducte Zwangverhältnisse. Die aber in einem gemeinsamen Staat, wo doch die Esten gleichberechtigt sein müssen, zu unerbittlichen Anhängen führen müßte, wie das 3. B. der Fall ist in anderen österrussischen Kronländern mit